



Erfurt, den 13.01.2011
Prof.Mö-we

**Neujahrsempfang
der Ingenieurkammer und der Architektenkammer Thüringen**

Sperrfrist, Montag, 17.01.2011, 11:00 Uhr

**Planen und Bauen im neuen Jahrzehnt –
Hoffnungen und Realitäten der Ingenieure**

Anrede/Begrüßung

Das diesjährige Thema „Planen und Bauen im neuen Jahrzehnt – Hoffnungen und Realitäten“ könnte als Versuch aufgefasst werden, das Orakel über die künftige Entwicklung der Leistungen von Architekten und Ingenieuren zu bemühen. Nun, jeder im Saal weiß, dass es in unserem Alltag um Handfestes und Reales geht. Aber wir sind bei der urbanen Entwicklung an vorderster Front. Das zwingt uns zum Vorausdenken und macht uns zwangsläufig zu Visionären.

Wir möchten diese Gedanken etwas untersetzen. Ich würde zunächst die Seite der Ingenieure beleuchten und dann Prof. Dr. Rolf Kuhn, dem Geschäftsführer der IBA Fürst Pückler-Land GmbH, Gelegenheit geben, aus eigener Erfahrung die Chancen und Hoffnungen einer Internationalen Bauausstellung am Beispiel Fürst Pückler Land vorzutragen, um für das Thüringer Projekt der IBA Anregungen, Chancen und Hoffnungen zu entwickeln. Mein Kollege Strube, Präsident der Architektenkammer, wird aus der Sicht der Architekten das Thema beleuchten. Das „letzte Wort“ hat der Minister. Er wird die Veranstaltung mit seinem Ausblick beenden.

**Die organisatorische und inhaltliche Perspektive für das Planen und Bauen
in der kommenden Dekade**

Obwohl heute Keiner das nächste Jahrzehnt zielsicher zu prognostizieren vermag, ist doch der Zeitraum der nächsten neun Jahre wesentlich kürzer und überschaubarer, als es George Orwell mit seinem Roman 1984 sehr sicher über 40 Jahre vorausgesagt hat. Wenn sich an unserem demokratischen Grundverständnis nichts ändert, wovon ich ausgehe, dann bleiben die wirtschaftlichen Einflussfaktoren und das globale Finanzsystem bestimmend, das sich bis in die jüngste Vergangenheit jeglicher Reglementierung entzogen hat. Da aber Planen und Bauen immer auf ein hohes Investitionspotenzial angewiesen ist, können wir, als davon abhängige Dienstleister, nur hoffen, dass dieser entscheidende Teil seriösen Wirtschaftens endlich einer Ordnung unterzogen wird.

Ich möchte auf zwei, unsere Tätigkeit in den nächsten Jahren beeinflussende Strategien eingehen.

Dies ist zum Einen der **organisatorische Teil**, also die Werkzeuge mit denen wir unsere Leistungen direkt und abstrakt erbringen, und zum Anderen die **inhaltliche Ausrichtung**, die sich aus den gesellschaftlichen Veränderungen ableiten lässt.

Was sind Ingenieurleistungen „heutzutage“ noch wert?

Viele von Ihnen, insbesondere die Pressevertreter, mögen es nicht mehr hören, wenn ich wiederum das Reizwort HOAI bemühe und erneut zum Ausdruck bringe, dass der Sektor des Planens und Bauens einer soliden Ordnung der Honorare bedarf, um unsere Leistungen mit Qualität, und um auch dieses oft missbrauchte Wort erneut einzubringen, nachhaltig zu erstellen. Ich darf erinnern, dass es ein ehemaliger SPD-Bundeswirtschaftsminister war, der – entgegen dem Rat der Fachleute – zunächst radikal Hand an die HOAI legen wollte, um diesen Markt zu liberalisieren. Es mag die Hoffnung darin begründet gewesen sein, dass insbesondere im öffentlichen Bereich durch den freien Markt finanzielle Vorteile erlangt werden. Nachdem es massive Proteste und Kritiken aus der Praxis gegeben hat, kam es zu dem z.Zt. geltenden faulen Kompromiss. Wesentliche Planungsleistungen, die insbesondere im Ingenieurbereich erbracht werden, sind aus dem geregelten Teil der HOAI herausgenommen worden. Der Bundesrat hat diesen Kompromiss mit der Auflage angenommen, die HOAI inhaltlich qualitativ weiter zu reformieren.

Die jüngsten Berichte dazu stimmen hoffnungsvoll. Ein Gutachten hat bestätigt, dass die Leistungen der ehemaligen HOAI-Teile VI sowie X bis XIII Planungsleistungen sind und verbindlich geregelt werden müssen.

Es wird deshalb in einem weiteren Gutachten bis April/Mai 2012 die Honorarstruktur überprüft, nachdem bis Mitte dieses Jahres die Leistungsbilder überarbeitet wurden.

Im Dezember 2012 soll dann das Bundeskabinett nach der Anhörung in den Praxisausschüssen dazu entscheiden und dem Bundesrat im März 2013 zur abschließenden verbindlichen Zustimmung vorliegen.

Wir hoffen, dass damit dieses Kapitel, zumindest für den deutschen Binnenmarkt, abschließend geregelt ist und endlich wieder die produktive Arbeitsbasis für unsere freiberuflich Tätigen gegeben ist.

Die wirtschaftliche Situation der Büros – ein Alarmsignal!

Dies ist nötig, weil aus der jüngsten Analyse zu ersehen ist, dass 2009 mehr als 40 % Verluste in ihren Büros eingefahren haben. Dies ist gegenüber dem Jahr 2008 eine Steigerung von 8 %. Damals gab es Verluste in den Büros von 32 %. Der durchschnittliche Bürostundensatz liegt etwa bei 60 Euro, auch hier ist gegenüber 2008 mit 66 Euro Durchschnittserlös ein wirtschaftlicher Verlust feststellbar.

Die Personalkosten an den Gesamtkosten sind in den betrachteten Jahren 2008 und 2009 mit etwa 63,8 % gleich geblieben.

Allerdings ergibt sich aus der Analyse, dass nur etwa 47 % der geleisteten Überstunden in den Büros vergütet werden, so dass, um diesen Verlust auszugleichen, eine Erhöhung der Honorarsätze für Objekte von etwa 8 %, bei der Tragwerksplanung um etwa 13 % und bei technischen Ausrüstungen etwa um 14 %, bezogen auf die HOAI 2009, erforderlich ist.

Ein anderer Zahlenvergleich macht deutlich, dass - so eine VBI-Pressemitteilung vom 27.12.2010 - 47 % der öffentlichen Auftraggeber ihre Rechnungen für Planungsleistungen verzögert, 8 % sogar „stark verzögert“ bezahlen. Dies ist gegenüber dem Vorjahr 2009 eine Verschlechterung, damals lag die schleppende Bezahlung von Rechnungen bei 45 % und die der nach mehreren Mahnungen bezahlten Rechnungen bei 7 %.

Es kann nicht sein, dass die Büros auf diese Weise zu Kontokorrentlinien der öffentlichen Hand werden. Es ist schwer bis unmöglich Kredite für Planungsvorbereitungen zu bekommen, aber Versäumnisse bei Steuern und Abgaben werden mit unerbittlicher Gewalt und Strenge verfolgt.

Entwurf des Thüringer Vergabe- und Mittelstandsförderungsgesetzes versus Bürokratieabbau

Die Landesregierung beabsichtigt ein Vergabegesetz zu verabschieden, das zunächst völlig korrekt nicht nur den Preis als Vergabekriterium bestimmt. Nach Durchsicht der Gesetzesnovelle haben beide Kammern diesen Entwurf abgelehnt. Es werden vergabefremde Faktoren definiert, die sich einer rechtssicheren Beurteilung und Überprüfung entziehen. Wie soll ein Mitbewerber beispielsweise bei importiertem Natursteinpflaster sicherstellen, dass chinesische oder indische Anbieter keine menschenverachtenden Produktionsmethoden einsetzen und Kinder, Frauen und Behinderte nicht schwere körperliche Arbeiten verrichten lassen. Dies bezieht sich auch auf die Einhaltung der Frauenquote, der Jugendförderung und andere Kriterien, die gut gedacht, aber im Einzelfall – insbesondere für unsere Kollegen – zur Haftungsfalle werden können, wenn sie im Vergabeverfahren Entscheidungen zu treffen und zu verantworten haben.

Wir appellieren, entweder auf dieses Gesetz gänzlich zu verzichten, da durch die VOB entsprechende Regelungsgrundlagen bundesweit existieren, oder auf Arbeitsebene einen solchen Kriterienkatalog zu erarbeiten, der praxiskonform und rechtssicher in der Anwendung ist.

Ist der „Diplomingenieur“ unzeitgemäß? Kompetenz und Renommee eines akademischen Grades

Lassen Sie mich einen zweiten, wohl wichtigeren Blick in die Zukunft werfen, der auf **inhaltliche Kriterien** gerichtet ist. Zunächst ist auch hier zum wiederholten Mal festzustellen, dass das Berufsbild des Architekten oder Ingenieurs in der Zukunft, trotz der weiter ausdifferenzierten Berufsfelder, auf eine notwendige Komplexität des Denkens ausgerichtet werden muss.

Wir haben zumindest im deutschsprachig europäischen Raum, auch im frankophonen Teil Europas, mit dem Diplomingenieur eine komplexe Berufsbasis, die durch den formalistischen Bolognaprozess beschädigt wird. Es gibt unzählige Resolutionen und Beschlüsse der Berufsverbände und -kammern, den „Dipl.-Ing.“ für die Ingenieurstudiengänge zu erhalten, als inhaltliches und methodisches Gütesiegel mit 100jähriger Erfolgsgeschichte.

Der Diplomingenieur ist und bleibt ein national und international renommierter Wirtschaftsfaktor. Und ich wage eine Prognose, dass es in diesem Jahrzehnt ein Revival des Diplomingenieurs gibt, ohne gegen Bologna und die europäische Vereinheitlichung sein zu müssen.

Die jüngste Entwicklung innerhalb unserer föderalen Struktur belegt, dass es mutige Länder gibt, sich auf die qualitativen Bildungsparameter zu berufen. Mecklenburg-Vorpommern führt das Diplom wieder ein, auch in Sachsen gibt es Angebote für den Diplom-Ingenieur. Es würde Thüringen, als ein Land mit ingenieurtechnischer Tradition gut zu Gesicht stehen, auch diesem Beispiel zu folgen.

Letztendlich ist entscheidend, was am Ende eines Studiums herauskommt und vor allem, was unsere jungen Leute im Berufsleben damit anfangen können. Dazu gehört auch, den Studienablauf nicht durch finanziell teure ständige Akkreditierungen zu bewerten, sondern dafür Sorge zu tragen, dass die Studienangebote möglichst effektiv aufgebaut und vermittelt werden. Was spricht gegen Zugangsbegrenzungen, um nur das an Fachleuten im akademischen Bereich zu produzieren, was mittel- und langfristig gesellschaftlich und wirtschaftlich gebraucht wird und verkraftbar ist. Diese in der Wirtschaft allgemein gültige Regel sollte auch für das aus Steuermitteln finanzierte Hochschulwesen gelten. Gegenwärtig wird durch den Hochschulpakt praktiziert, dass die Anzahl der Studenten über die bereitzustellenden finanziellen Mittel entscheidet. Die Folge ist, dass teilweise Studienrichtungen kreierte werden, die singuläre Bildungskorridore vorhalten und Absolventen „erzeugen“, die am Bedarf der Allgemeinheit vorbeigehen.

Wir brauchen grundständige komplexe Hauptstudiengänge mit einer sparsamen fachlichen Differenzierung und sollten die Spezialisierung der späteren Praxisverwendung überlassen.

Der demographische Wandel besiegelt notwendige Reformen

Bezogen auf die inhaltlichen Schwerpunkte der Zukunft heißt das, dass es auf integrale Planungen ankommt, sich Planungsteams und Netzwerke finden, die ein Höchstmaß an Projekt- und Planungsoptimierung ermöglichen. Dies setzt auch voraus, dass sich Verwaltungen zu modernen Dienstleistungsunternehmen verändern. Die in den Verwaltungen Tätigen müssen Fachleute sein, die unsere Sprache verstehen. Die Ausdünnung der Verwaltung mit Fachpersonal führt zu Verunsicherungen und Arbeitsüberlastungen der Verbliebenen. Das behindert unsere Arbeit.

Die demographische Entwicklung zwingt uns auch über strukturelle Veränderungen nachzudenken. Dies kann auch bisher tabuisierte Verwaltungsreformen betreffen, da einzelne Kommunalverbände auf Grund des sozialen Strukturwandels nicht mehr solitär lebensfähig sind.

Präqualifikation und Optimierung = Transparenz und Marktvorteil

Wir haben im Bereich der wasserwirtschaftlichen Planung begonnen, eine Expertenliste von qualifizierten Ingenieuren und spezialisierten Landschaftsarchitekten zu erstellen, die nach einem mit dem Umweltministerium abgestimmten Qualifizierungsprogramm als Auswahlangebot für in den nächsten Jahren anstehende Planungsaufgaben vorgehalten werden.

Das Instrument der Präqualifikation auch für andere Planungsfelder steht bevor und ist nach unserer Auffassung ein Weg, die Qualität der Leistungen, aber auch die Transparenz in der Vergabe zu erhöhen.

Wir werden nicht mehr – wie in der Vergangenheit – „geradeaus planen“, sondern durchaus auch im beiderseitigen wirtschaftlichen Interesse, nach dem Bonus und Malus Prinzip, einzelne Projektgruppen planungsseitig optimieren. Eine entsprechende Arbeitsgruppe wird bei der Ingenieurkammer installiert. Beispielhaft für die Veränderung von klassischen Berufsfeldern sei der Zweig der Geodäten erwähnt, die sich aus dem klassischen Vermesser und dem Verständnis von Katasteraufgaben zu Datenerfassern mit modernsten satellitengestützten oder terrestrisch-elektronischen Erfassungsmethoden nicht nur im Bauwesen, sondern auch im Maschinenbau, in der Lagerstätten erkundung, in der Datenerfassung bei Abrechnungen von Tagebauen und Immobilien in einer beeindruckenden Weise in die Breite entwickelt haben.

IBA: Ein erfolgversprechendes Experiment der Möglichkeiten

Zwei Strategielinien hat die Landesregierung gelegt, die wir als Ingenieure und Planer unterstützen wollen. Es ist dies die TheGA mit der Absicht, Thüringen zum grünen Motor Deutschlands zu entwickeln, und die IBA als zweite mögliche Zukunftsperspektive.

Mit der IBA soll ein Prototyp zur regionalen Modernisierung auch im internationalen europäischen Maßstab geschaffen werden, das Thüringen mit seinen landschaftlichen und kulturellen Ressourcen als Ganzes anspricht. Dies wird zur Zeit konzeptionell vom Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr mit einer Arbeitsgruppe vorbereitet.

Zum Projekt IBA, meine Damen und Herren, wird aus der Sicht eines praktischen Erfahrungsträgers, Hoffnungen und Chancen, die sich für Thüringen entwickeln können, Prof. Dr. Rolf Kuhn in seinem Vortrag vermitteln.

Ich darf Ihnen Prof. Dr. Dr. sc. Rolf Kuhn kurz vorstellen:

geboren am 08.12.1946 in Ratscher (Thüringen)
verheiratet, 3 Kinder

- 1965 – 1970 Studium an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar mit dem Abschluss als Dipl. Ing. für Gebietsplanung und Städtebau
- 1970 – 1977 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Bauakademie zu Berlin, Institut für Städtebau und Architektur
- 1977 – 1987 Assistent und Dozent an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, Sektion Gebietsplanung und Städtebau
 - 1978 Promotion zum Dr. Ing. auf dem Gebiet des Städtebaus
 - 1985 Promotion zum Dr. sc. phil. auf dem Gebiet der Stadtsoziologie
 - 1986 Berufung zum Professor an der Bauakademie der DDR in Berlin
- 1987 – 1998 Direktor des Zentrums für Gestaltung später der Stiftung Bauhaus Dessau
- 1998 – 2000 Geschäftsführer der Vorbereitungsgesellschaft der IBA Fürst-Pückler-Land
- 2000 – 2010 Geschäftsführer der Internationalen Bauausstellung Fürst-Pückler-Land GmbH
- seit 2011 Liquidator der IBA Fürst-Pückler-Land GmbH i.L.